

5

10

15

24. ordentliche Juso-Landeskonferenz

20

01. – 02. Oktober 2016
Greifswald

25

30

- Beschlussbuch -

35

Übersicht über die zur Landeskonferenz eingereichten Anträge

40

Anträge A : Anträge im Bereich „Arbeitsprogramm“

A1 „Arbeitsprogramm“

Anträge B : Anträge im Bereich „Richtlinien und Arbeitsweise der Jusos MV“

B1 Feministische Perspektiven Mitdenken

45

Anträge C : Anträge im Bereich „Bildung und Kultur“

C1 Berufliche Bildung stärken

Anträge D: Anträge im Bereich „Arbeit, Wirtschaft & Soziales“

- 50 D1 Umstrukturierung der Deutschen Bahn
- D2 Gewerkschaften stärker – Arbeitnehmer*Innenbestimmung in Zeiten der Digitalisierung stärken!
- D3 Mindestlohn auf 12,50€ erhöhen!
- D4 Grundsatzpapier Obdachlosigkeit

55 **Anträge E: Anträge aus dem Bereich „Europa und Internationales“**

- E1 Der Mensch im Mittelpunkt außenpolitischer Interessen

Anträge F: Anträge im Bereich „Landespolitik“

- 60 F1 ÖPNV
- F2 Keine Abschiebungen über MV – Menschen aller Länder vereinigt euch!
- F3 Konsequente Umsetzung von Screenings-Verfahren bei der Untersuchung von multiresistenten Keimen in Krankenhäusern und Pflegeheimen

Anträge G: Anträge im Bereich „Bundespolitik“

- 65 G1 Sichere Fluchtwege und Seenotrettungsprogramme als Soforthilfe für Flüchtende

Anträge H: Anträge im Bereich „Sonstiges“

- H1 Antrag zur linken Sprache
- H2 Lebensmittelverschwendung beenden!
- 70

Anträge A – Antrag im Bereich „Arbeitsprogramm“

A1	Arbeitsprogramm				
	Antragssteller: Landesvorstand				
<input type="checkbox"/>	angenommen	<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	nicht behandelt
<input type="checkbox"/>	überwiesen an:	<input type="checkbox"/>	Landesausschuss	<input type="checkbox"/>	Landesvorstand

75

Die Landeskonzferenz möge beschließen:

1. Ziele

80

Das kommende Arbeitsjahr wird uns Jusos Mecklenburg-Vorpommern vor große Herausforderungen stellen. Die Landtagswahl 2016 hat die politische Landschaft in Mecklenburg-Vorpommern stark verändert und die Bundestagswahl im Jahr 2017 wirft ihre Schatten voraus. Wir Jusos sind aber nicht nur da, um Wahlkampf zu machen, sondern wir haben den Anspruch auf politische Gestaltung. Da die große Koalition nicht die Regierungskonstellation ist, die wir uns gewünscht haben, müssen wir sie umso kritischer begleiten und als Jusos mit unseren Inhalten in den Koalitionsverhandlungen Akzente setzen. Wir werden zum Koalitionsparteitag in unseren Strukturen breit mobilisieren, um möglichst viel Einfluss auf die Debatten zu nehmen und die zukünftige Ausrichtung der Landespolitik mit zu bestimmen.

85

90

Wir dürfen aber nicht in unserer inhaltlichen Entwicklung stehen bleiben. Um die Debatten Kultur wieder stärker zu beleben, müssen unsere Landesarbeitskreise reaktiviert werden. Hierzu werden wir die Arbeitskreis-Wochenenden neu konzipieren und ihre Strukturen überarbeiten. Für flexiblere Strukturen und um den Wünschen der Mitglieder gerecht werden zu können, werden wir neben den Arbeitskreisen Bildung, Wirtschaft und Soziales sowie Internationales, die Projektgruppen Gender Awareness und Antifaschismus einführen. Der Bereich der politischen Bildung wird so wie auch im vergangenen Jahr eine internationalistische Richtung haben, natürlich werden auch unsere Traditionsseminare fortgeführt.

95

100

Mit unserer Landtagswahlkampagne konnten wir viele junge Menschen erreichen. Wir wollen das Thema Jugendbeteiligung nicht aus den Augen verlieren und unsere Kampagne "Wer kämpft für dich" fortführen. Der Fokus soll jedoch im Social Media Bereich liegen. Um hier erfolgreicher zu agieren, werden wir für Interessierte Seminare in eben diesen Bereich anbieten. Erstrebenswert wäre die Erstellung eines schlagkräftigen Online-Teams. Eine der Aufgaben dieses Teams wäre die Überarbeitung unserer Homepage oder die Diskussionen über alternative Präsenzformen im Online-Bereich.

105

110

Das Ergebnis der Landtagswahl zeigt deutlich, dass wir uns zukünftig intensiver mit der Frage nach dem Umgang mit der AFD auseinandersetzen müssen. Hier werden wir eine landesverbandsweite Debatte anstoßen. Die AFD stellt eine Bedrohung für unsere Demokratie dar und es liegt an uns, dem etwas Wirkungsvolles entgegen zu setzen. Hierzu benötigen wir eine stichhaltige Positionierung.

115

Ein weiteres strukturelles Ziel wird die Intensivierung der Mitgliederbetreuung sein. Wir müssen unsere vorhandenen Aktivierungspotentiale besser nutzen. Dazu werden wir verschiedene Formen der Ansprache und Kommunikationswege nutzen. Unser Anspruch muss es sein, nicht nur viele Mitglieder auf dem Papier zu haben, sondern möglichst viele engagierte Jungsozialist*innen

Ein anderer wichtiger Punkt unserer Arbeit in der kommenden Legislatur die kritische Begleitung der Programmdebatte für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 sein. Wir Jusos verstehen

120 uns als einer der treibenden Köpfe der Parteilinken, deshalb ist es unser Anspruch, unsere Be-
schlusslagen in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl einfließen zu lassen - wir wollen die Welt
verändern, deshalb hat diese Möglichkeit oberste Priorität. Wir müssen bei dieser Debatte vor allem
die Verteilungsfrage stellen, damit endlich die ungerechte, ungleiche Verteilung bekämpft wird. Als
125 basisdemokratischer Verband sind wir allerdings vor allem daran interessiert, dies partizipativ und
zusammen mit den Kreisverbänden und allen Jusos durchzuführen.

2. **Verbandsstrukturen**

• Arbeitskreise

130

• **Wirtschaft und Soziales**

135

Zentral im sozialistischen Kampf ist die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Allein sie vermag es, den
Kapitalismus zu überwinden. Wir versuchen hier unsere Mitglieder wieder zu sensibilisieren und
zu re-politisieren. Linke Politik ohne die Verteilungsfrage zu stellen, ist absurd. In Anbetracht der
kommenden Bundestagswahlen müssen wir daher die Programmdebatte mitbegleiten. In diesem
Rahmen diskutieren wir allen voran die Verteilungsfragen und moderne Antwortmöglichkeiten, die
Verteilung von Arbeitszeit, Steuern und staatliche Finanzierungsgrundlagen und werden in diesem
Rahmen auch eine vergleichende Betrachtung von verschiedenen europäischen Sicherungssystemen
140 durchführen.

140

• **Bildung**

145

Die Verfestigung der Ungleichheiten in der Gesellschaft werden durch das Bildungssystem immer
weiter verstärkt, deswegen ist für uns Bildung der Schlüssel für Chancengerechtigkeit.

150

Wir sagen klar "Nein" zu Klassenstrukturen im Bildungssystem, in denen nicht alle die Möglichkeit
haben, höhere Abschlüsse zu erhalten. Daher wollen wir unterschiedliche Modelle frühkindlicher
Bildung diskutieren, darunter den Pflichtbesuch zur Kita. Außerdem wollen wir uns zum Fächerka-
non in M-V sowie der Schüler*innenbeförderung positionieren. Um schon entstandene Ungleich-
heiten zu beseitigen, wollen wir die Berufs- und Volkshochschulen diskutieren, um zu bewerten ob
diese im Rahmen des lebenslangen Lernens ein geeignetes Instrument zur Schaffung von mehr Ge-
rechtigkeit sind.

155

Unsere hochschulpolitischen Positionen werden von den Juso-Hochschulgruppen Mecklenburg-
Vorpommern bestimmt, die auf deren Landes-Koordinierungstreffen beschlossen werden. Die Juso-
Hochschulgruppen Mecklenburg-Vorpommern arbeiten in einem engen Austausch mit dem LAK
Bildung und dem Juso-Landesvorstand. Wichtige Ziele der Juso Hochschulgruppen im kommenden
Jahr werden die Etablierung einer dritten Hochschulgruppe in Mecklenburg-Vorpommern, sowie
160 der andauernde Kampf für eine gerechte und zufriedenstellende Finanzierung der Hochschulen in
Mecklenburg-Vorpommern sein.

160

• **Internationales**

165

Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern haben verstanden, dass ein Grundelement des demokrati-
schen Sozialismus der Internationalismus und die grenzenlose Solidarität mit allen Menschen auf
der Welt ist. Wir Jusos versuchen stets auf aktuelle Problematiken einzugehen, Lösungen zu finden
und unsere Mitglieder in diesen Bereichen politisch zu bilden. Besondere Relevanz und somit
Schwerpunkte sollen die Auseinandersetzung mit Russland und der Frage der Sanktionsmöglichkei-
170 ten sein.

170

175 Weiterhin scheint es in Zeiten aufschwügender, andauernder und größerer Konflikte sinnvoll zu sein, sich mit den Themen der Rüstungspolitik und Waffenexporte auseinander zu setzen. Wir müssen verstehen, dass Waffenexporte und die -produktion zum Aufbau und nicht zum Abbau internationaler Konflikte führen. Hier müssen wir Lösungen finden, wie internationale Konflikte gelöst und verhindert werden können, und wie man mit Gewinnen der Rüstungsindustrie und des Waffenhandels umgeht. Ferner muss auf das Ziel hingearbeitet werden, dass es keiner Rüstung und keines Waffenhandels mehr bedarf.

180 Ein weiteres größeres Thema muss der Umgang mit einer gerechten Weltwirtschaftsordnung sein. Hier scheint es unabdingbar zu sein, sich mit Freihandelsabkommen auseinander zu setzen und Positionierungen zu erarbeiten. Auch die Frage eines Frei- vs. Fairhandels muss aufgeworfen und bearbeitet werden.

185 Letztlich müssen wir Jusos uns auch einer internationalistischen Selbstkritik unterziehen. Hier geht es um die Frage des Zustandes der internationalen Dachverbände wie die Young European Socialists und die International Union of the Socialist Youth. Aber auch mit der Europäischen Sozialdemokratie im Rahmen der PES und der Sozialistischen Internationalen, sowie Progressive Alliance müssen wir uns auseinandersetzen.

190 Diese Fragen sollen im Rahmen unserer internationalen Arbeit mit Genoss*innen aus vielen Regionen der Welt geklärt werden. Wir wollen auch in der nächsten Mandatszeit international aktiv sein und arbeiten. Dies beinhaltet internationale Austausche, wie auch Seminare. Nur der berühmte Blick über den Tellerrand und das Hinterfragen des Bestehenden führt zu internationalen und progressiven Ideen.

195

• Projektgruppen

200 • **Gender Awareness**

Anstatt einem LAK Gender und Diversity werden wir dieses Jahr die Projektgruppe Gender Awareness einberufen. Wir wollen die Themen Gender und Diversity in einer Projektgruppe unterbringen, da die partizipativen Möglichkeiten für die einzelnen Mitglieder höher sind, als in LAKs, außerdem haben wir bereits viele inhaltliche Positionierungen zum Thema Gender Awareness erarbeitet - nun gilt es, diese Positionen auch in die Realität in unserem Verband zu überführen. Die Projektgruppe wird deshalb die verbandsinternen Strukturen reflektieren und herausstellen, wo wir uns beim Thema Gender Awareness noch verbessern können. Deshalb wird ab sofort einmal im Jahr, also zu jeder LaKo ein Genderbericht präsentiert werden, der die Fortschritte, aber auch die Punkte, an denen wir noch arbeiten müssen, aufzeigt. Die Projektgruppe wird auch unsere Beschlussslagen zu den Themen Gender Awareness, Diversity und (Queer)-Feminismus zusammenfassen und veröffentlichen. Die Projektgruppe soll außerdem die*der Ansprechpartner*in für alle Mitglieder zu diesem Thema sein. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der Projektgruppe wird die gezielte Anwerbung von weiblich* sozialisierten Interessent*innen sein.

215

• **Koordinierungsgruppe Antifaschismus**

220 Die zweite Projektgruppe, die wir einberufen werden ist die Koordinierungsgruppe Antifaschismus. Sie wird den bisherigen LAK Antirassismus ersetzen. Wir haben gesehen, dass das Interesse unserer Mitglieder zu diesem Thema im letzten Jahr hauptsächlich in der Mobilisierung zu antifaschistischen Demos, Kundgebungen etc., also in der praktischen Arbeit lag. Diesem Interesse können wir durch die Einführung einer Projektgruppe besser gerecht werden. Die Koordinierungsgruppe Antifaschismus wird sich natürlich trotzdem auch weiterhin inhaltlich positionieren und arbeiten. The-

225 menschwerpunkte für das kommende Arbeitsjahr werden vor allem die Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus und (struktureller) Antisemitismus sein. Unser Verband muss sich jetzt nach den Landtagswahlen außerdem überlegen, wie man in Zukunft der AfD, die bei der Landtagswahl über 20% der Stimmen geholt haben, umgeht - und vor allem, wie man die Wähler*innen der AfD wieder zurück an den Tisch mit den Demokrat*innen holt.

230 Die Koordinierungsgruppe Antifaschismus soll außerdem unsere Schnittstelle zu den Projekten Storch Heinar und Endstation Rechts werden.

3. Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

235 Im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit wollen wir unsere Kampagne "Wer kämpft für dich" anpassen und verbessern. Dabei soll in Zukunft ein stärkerer Fokus auf Social Media liegen, da Jugendliche in einem Flächenland wie M-V so am leichtesten zu politisieren und mobilisieren sind.

240 Inhaltlicher Fokus ist hierbei die Verteilungsfrage zwischen Arbeit-Kapital, Männer-Frauen und anderen Herrschaftsverhältnissen. Besonderes Ziel soll es hierbei sein, diese Thematik auf die Lebenswelt von Auszubildenden herunterzubrechen, und was diese für sie bedeuten, um sie für unsere Programmatik zu gewinnen. Aber auch das Thema Jugendpartizipation steht für uns im Mittelpunkt.

245 Um dies erfolgreich in der Fläche durchführen zu können, wollen wir unsere Mitglieder im Rahmen des Social-Media und Online-Medien-Campaigning fortbilden. Dazu gehört auch die Revitalisierung der Homepage. Eine stärkere Verbindung der Homepage zu Facebook werden wir prüfen. Um den Online-Bereich kontinuierlicher betreuen zu können, werden wir mit allen daran interessierten Jusos ein OnlineTeam zusammenstellen.

250 4. Politische Bildung

255 Politische Bildung ist ein wichtiges Mittel, um unsere Mitglieder für unsere Ideale und unsere Inhalte zu sensibilisieren. Deshalb wollen wir auch im kommenden Arbeitsjahr wieder ein umfassendes Angebot der politischen Bildung anbieten. Wir wollen jedoch im Vergleich zu den Vorjahren einige Dinge anders durchführen, um eine bessere Beteiligung bei unseren Veranstaltungen zu erreichen.

260 Zunächst werden wir eine Evaluation der Seminarwochenenden des letzten Jahres durchführen, um zu erkennen, wo wir bei der Organisation und bei den Themen noch Dinge verbessern können, aber auch um zu erkennen, welche Dinge gut laufen und beibehalten werden sollten.

265 Unsere „Roten Wochenenden“ wollen wir im kommenden Arbeitsjahr anders durchführen als in den letzten Jahren. Wir wollen nicht mehr nach „Themenwochenenden“ und „LAK-Wochenenden“ trennen, sondern wir wollen jedem LAK und jeder Projektgruppe die Möglichkeit geben, jeweils ein Thema für ein Rotes Wochenende auszusuchen, zu dem dann externe Referent*innen eingeladen werden, die uns einen Input zum jeweiligen Thema geben. Danach wollen wir im jeweiligen LAK, bzw. in der jeweiligen Projektgruppe mit dem Wissen, was wir durch den Input erlangt haben praktisch weiterarbeiten. Das Ziel dieses Vorgehens ist es, mehr und besseren Output aus den Wochenenden zu bekommen und zu den einzelnen Themen mehr in die Tiefe zu gehen.

270 Das im Jahr 2016 zum zweiten Mal durchgeführte internationale Seminar traf wieder auf großen Anklang und die Teilnehmer*innenzahl hat sich im Vergleich zur ersten Durchführung im Jahr 2015 noch einmal deutlich erhöht. Wir wollen das internationale Seminar nächstes Jahr wieder durchführen und auch auf Dauer als größte politische Bildungsveranstaltung der Jusos Mecklenburg-Vorpommern etablieren.

275

Wir werden auch wieder ein Neumitgliederseminar durchführen, damit wir neuen Mitgliedern die Strukturen, Abläufe und die Arbeit in unserem Verband erläutern, diese neuen Mitglieder an unseren Verband anbinden und mit unseren anderen Mitgliedern bekannt machen können.

280 Allerdings wollen wir trotz aller Neuerungen an unseren traditionsreichen Veranstaltungen, wie dem Karl und Rosa Wochenende, der Sommerakademie und dem Weihnachtswochenende, festhalten.

285 Wir wollen außerdem auch wieder einen regen Austausch mit unseren internationalen Genoss*innen durchführen. Wir wollen mit einer Delegation nach Irland reisen und auf unserem Internationalen Seminar eine Delegation aus Israel und Palästina bei uns begrüßen. Nachdem wir dieses Jahr gute Kontakte zu unseren albanischen Genoss*innen aufgebaut haben, wollen wir nächstes Jahr auch mit einer Delegation zum Sommercamp nach Albanien fahren.

290 **5. Bündnispartner*innen**

Wir als Teil der Arbeiter*innenbewegung wollen alle unsere Mitglieder auffordern und ermuntern, auch in den Gewerkschaften aktiv zu werden. Ein Kampf für die Befreiung des Menschen kann nicht allein in der Politik gewonnen werden. Auch wollen wir mit den Gewerkschaften weiter zusammenarbeiten und versuchen ihre Anliegen auch in die Programmdebatte der SPD einzubringen.

300 Für einen linken Machtwechsel in Deutschland brauchen wir auch weitere Bündnispartner*innen. Dafür brauchen wir zwar auch eine starke SPD aber alleine ist dieser Machtwechsel nicht möglich. Daher wollen wir mit den Jugendverbänden der möglichen progressiven Koalitionspartner*innen weiterhin eng zusammenarbeiten um hier von unten eine Koalition zu erzwingen.

Auch Vorfeld-Organisationen dürfen wir nicht vergessen. Sich in ihnen zu engagieren und mit ihnen in ihren Anliegen zusammenzuarbeiten, ist für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zentral.

305 Den Austausch mit unseren internationalen sozialistischen Schwesterorganisationen wollen wir weiter vertiefen und repolitisieren. Wir wollen versuchen unsere Treffen nicht nur zum Netzwerken und kennenlernen zu nutzen, sondern auch um gemeinsame inhaltliche Positionen zu erarbeiten, die wir in unsere noch nationalen Verbände einbringen.

310 **6. Jusos in der SPD**

Wir zählen uns weiterhin zur linken politischen Strömung innerhalb des Jusos. Daher wollen wir die Tradis als Strömungsorganisation wiederbeleben und ihr mehr politisches Gewicht verleihen.

315 Weiterhin wollen wir uns weiterhin in die Programmentwicklung und bei Bundesprojekten beteiligen. Dies tun wird derzeit mit zwei Expert*Innen. Diesen Anspruch wollen wir aufrechterhalten.

320 Mit der Partei müssen wir unsere kritische Solidarität stärken. Für uns gilt es, diese auch zu leben, unsere Ideale in die Partei zu tragen und bei allen realpolitischen Zwängen unserer Partei unsere Vision einer sozialistischen Gesellschaft nicht über Bord zu werfen.

325 Selbst in Wahlkampfzeiten gibt es rote Linien die Spitzenkandidat*innen überschreiten können. Dies sind definitiv Äußerungen die gegen unsere Grundwerte verstoßen oder gegen schon getroffene Parteibeschlüsse.

330 Darauf müssen wir vor allen innerparteilich hinweisen. Parteitagsbeschlüsse bilden die Grundlage unserer Zusammenarbeit, deswegen ist es umso wichtiger, dass wir uns auf die Umsetzung dieser Beschlüsse auch verlassen können müssen. Nur so kann das Verhältnis zwischen uns als Jungsozialist*innen und der Mutterpartei wieder gestärkt werden.

Anträge B: Anträge im Bereich „Richtlinien und Arbeitsweise der Jusos MV“

B1	„Feministische Perspektiven Mitdenken“				
	Antragssteller: Kreisverband Rostock				
<input type="checkbox"/>	angenommen	<input type="checkbox"/>	Abgelehnt	<input type="checkbox"/>	nicht behandelt
<input type="checkbox"/>	überwiesen an:	<input type="checkbox"/>	Landesausschuss	<input type="checkbox"/>	Landesvorstand

335 **Die Landeskonferenz der Jusos möge beschließen:**

Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern verpflichtet sich, bei allen inhaltlichen und strukturellen Themen sowie Veranstaltungen (Sitzungen, Wahlkämpfen, Mitgliederseminare etc.) und Materialien (queer-)feministische Perspektiven mit einzubeziehen.

340

Als sozialistischer, internationalistischer und feministischer Richtungsverband ist es unsere Aufgabe, allen drei Grundlagen gerecht zu werden. Vor allem die zuletzt genannte Grundlage kommt dabei oft zu kurz. Deswegen gilt es, die Sensibilisierung der Mitglieder voranzubringen, gezieltes Frauen*-Empowerment voranzutreiben und Feminismus als ein Haupt- und nicht als Randthema zu verstehen.

345

350

Anträge C: Anträge im Bereich „Bildung und Kultur“

C1	„Berufliche Bildung stärken!“				
	Antragssteller: Kreisverband Rostock				
<input type="checkbox"/>	angenommen	<input type="checkbox"/>	Abgelehnt	<input type="checkbox"/>	nicht behandelt
<input type="checkbox"/>	überwiesen an:	<input type="checkbox"/>	Landesausschuss	<input type="checkbox"/>	Landesvorstand

355

Die Landeskonferenz der Jusos möge beschließen:

Der Landesverband der Jusos Mecklenburg-Vorpommern spricht sich für eine Stärkung der Berufsschulen und damit der beruflichen und schulischen Ausbildung in Mecklenburg-Vorpommern, vor allem im ländlichen Raum, aus. Das umfasst zum einen den Ausbau der Berufsschulen sowie deren Ausfinanzierung. Zum anderen fordern wir eine Aufwertung der beruflichen und schulischen Ausbildung.

360

Entsprechende Maßnahmen sind:

365

- 1. Einführung einer Mindestauszubildendenvergütung
- 2. Einführung eines Landesauszubildendenticket für den öffentlichen Nahverkehr
- 3. Anrechenbarkeit von Leistungen aus der Ausbildung für ein Studium an einer Hochschule
- 4. Anrechenbarkeit von Leistungen aus dem Studium für die Ausbildung
- 370 5. Kostenlose Weiterbildungsangebote an Berufsschulen für Menschen, die bereits einen Beruf ausüben
- 6. Finanzierung neuer Einstellungen von Lehrkräften sowie Instandsetzung von Gebäuden
- 7. Ausbau der Berufsschulen im ländlichen Raum und Stopp des Abbaus oder durch Zusammenlegung verschiedener Schultypen
- 375 8. Anerkennung internationaler Abschlüsse von Geflüchteten, auch ohne Dokumente, bei Berufsabschlüssen durch Prüfungen.

Anträge D: Anträge im Bereich „Arbeit, Wirtschaft und Soziales“

D1	„Umstrukturierung der Deutschen Bahn“	
	Antragssteller: Landesarbeitskreis Wirtschaft und Soziales	
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> überwiesen an:	<input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> Landesausschuss	<input type="checkbox"/> nicht behandelt <input type="checkbox"/> Landesvorstand

380

Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

Die deutsche Bahn muss wieder in eine juristische Person des öffentlichen Rechts umgewandelt werden.

385

Der Fernverkehr inklusive aller Fernverkehrszüge, das Schienennetz, sowie die sonstige Infrastruktur der deutschen Bahn sind in die gemeinsame Verwaltung von Bund und Ländern zu überführen. Geführt und kontrolliert werden muss dieser Teil der Bahn von demokratisch legitimierten Vertreter*innen des Bundes und der Länder.

390

Der Regionalverkehr inklusive aller Regionalzüge ist in die gemeinsame Verwaltung des betroffenen Landes, sowie der betroffenen kommunalen Gliederung zu übergeben. Geführt und kontrolliert werden diese regionalen Bahngliederungen von den demokratisch legitimierten Vertreter*innen des Landes und der kommunalen Gliederung.

395

Vertreter*innen der verschiedenen regionalen Bahnteile, sowie des bundesweiten Fernverkehrsbetriebes sollen den gemeinsamen Ausschuss der Deutschen Bahn bilden. Dieser ist mit gemeinsamen Problemen und Anliegen zwischen der Fernverkehrsbahn und einer oder mehreren regionalen Bahnen oder zwischen zwei oder mehreren regionalen Bahnen zu befassen.

Weiterhin ist das Schienen- und Fernverkehrsmonopol der Deutschen Bahn wiederherzustellen.

Die Arbeit der so errichteten, föderalen Bahnstruktur ist auf maximale Versorgung der Bevölkerung und nicht auf Gewinn auszulegen.

400

D2	„Gewerkschaften stärker – Arbeitnehmer*Innenbestimmung in Zeiten der Digitalisierung stärken!“				
	Antragssteller: Kreisverband Vorpommern - Greifswald				
<input type="checkbox"/>	angenommen	<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	nicht behandelt
<input type="checkbox"/>	überwiesen an:	<input type="checkbox"/>	Landesausschuss	<input type="checkbox"/>	Landesvorstand

Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

405

1. Wir fordern die Erweiterung des Kompetenzbereiches von Gewerkschaften:

Die Gewerkschaften sollen in Zukunft in alle Tätigkeitsbereiche der Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und sonstigen berufsständischen Vereinigungen als gleichberechtigter Partner einbezogen werden, soweit diese auch die Interessen von Beschäftigten in der jeweiligen Branche tangieren. Dies umfasst unter anderen die Festsetzung und Kontrolle von Ausbildungsstandards, die Planung und Weiterentwicklung von Fort- und Weiterbildungsangeboten sowie die Entwicklungs- und Zukunftsplanung der entsprechenden Branche unter der Perspektive der Erhaltung von Arbeitsplätzen.

410

415

2. Wir fordern die Schaffung einer Gewerkschaftspflicht für alle Arbeitnehmer*innen:

Jede(r) Arbeitnehmer*in soll verpflichtet sein Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein. Die Wahl der Gewerkschaft bleibt dem Einzelnen überlassen. Es muss sich jedoch um eine anerkannte Gewerkschaft handeln. Die Anerkennung einer Gewerkschaft ist analog zum Parteienrecht an allgemeine und verbindliche Standards in Bezug auf die innere Organisation und innere Demokratie der Gewerkschaften zu binden. Ein möglichst einfaches und niedrigschwelliges Verfahren zur Gründung neuer Gewerkschaften muss geschaffen werden.

420

425

D3	„Mindestlohn auf 12,50€ erhöhen!“				
	Antragssteller: Kreisverband Vorpommern - Greifswald				
<input type="checkbox"/>	angenommen	<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	nicht behandelt
<input type="checkbox"/>	überwiesen an:	<input type="checkbox"/>	Landesausschuss	<input type="checkbox"/>	Landesvorstand

430

Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

Wir Jusos fordern, den gesetzlichen Mindestlohn von z.Zt. 8,50€/Std. auf 12,50€/Std. anzuheben und bekräftigen gleichzeitig unsere Forderungen zur Abschaffung der Ausnahmen im MiLoG.

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> nicht behandelt
<input type="checkbox"/> überwiesen an:	<input type="checkbox"/> Landesausschuss	<input type="checkbox"/> Landesvorstand

435

Die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:**Obdachlosigkeit als politische Aufgabe begreifen!**

440

Wir Jusos sind der festen Auffassung, dass jeder Mensch ein Recht darauf hat in einer eigenen Wohnung zu leben. Wir sind der Überzeugung das Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit gesamtgesellschaftliche Phänomene sind, die in erster Linie nicht auf dem individuellen Versagen einzelner basieren, sondern durch gesellschaftliche Fehlentwicklungen und das Versagen der sozialen Marktwirtschaft begründet sind. Wir fordern, die Themen Obdach- und Wohnungslosigkeit als politische Probleme zu begreifen, welche es zu lösen gilt.

445

Um die genauen Ursachen von Wohnungs- und Obdachlosigkeit in der Breite begreifbar zu machen, fordern wir deshalb eine bundesweite, einheitliche und vergleichbare Obdach- und Wohnungslosen-Statistik.

450

Ein Recht auf Wohnraum!

Weiterhin stellen wir fest, dass unsere Gesellschaft derzeit zwar Institute kennt, die dem Schutz von bereits errungenen Wohnraum dienen (z.B. Art. 13, 14 GG). Es jedoch an Instituten mangelt, Wohnraum jenen zugänglich zu machen, die diesen noch nicht haben. Wir sind der Auffassung, dass wir uns als Gesellschaft in die Pflicht nehmen müssen, Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu verhindern. Der Grundsatz muss lauten: „Ein einziger Mensch der auf der Straße leben muss, ist einer zu viel.“ Grundsätzlich hat zwar jeder Mensch einen Anspruch auf seiner Menschenwürde entsprechenden Wohnraum im Rahmen des bestehenden Sozialsystems, allerdings zeigt die Realität, dass dieses immer wieder Lücken aufweist.

455

460

Deswegen fordern wir den Art. 13 Grundgesetz, um ein ausdrückliches Grundrecht auf angemessenen Wohnraum für jedermann zu erweitern. Ziel dieser Erweiterung soll nicht nur die Klarstellung bereits bestehender Grundrechte sein, sondern dazu führen, dass die absolute und flächendeckende Verhinderung und Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit Staatsziel wird. Es muss die Pflicht des Staates sein Betroffene von Wohnungs- und Obdachlosigkeit aktiv aus ihren Notsituationen zu befreien. Hierfür müssen flächendeckend staatliche Stellen geschaffen werden, die in enger Zusammenarbeit mit den bereits agierenden Trägern privater Wohlfahrt diese Aufgabe übernehmen. Dies staatlichen Stellen sollen neben Sofortmaßnahmen, wie der Linderung des Leides der Wohn- und Obdachlosigkeit und dem Bereitstellen von vorübergehenden Notunterkünften, aktive Sozialberatung leisten und gezielt auf die Wohnungs- und Obdachlosen in den einzelnen Kommunen zu gehen, um diesen Hilfe zur Befreiung aus den individuellen Notsituationen anzubieten.

465

470

Obdachlosigkeit vorbeugen

475

Neben der Bekämpfung bereits existierender Obdachlosigkeit, braucht es ein staatliches Handeln, welches zukünftiger Obdachlosigkeit aktiv vorbeugt.

Dieses umfasst unter anderem die großflächige Schaffung von bezahlbaren Wohnraum mittels staatlicher Wohnungsbauprogramme. Derzeit fehlt es bundesweit ca. an 2,7 Millionen Kleinwoh-

480 nungen (1-3 Zimmer). Grund hierfür liegt in erster Linie in einem jahrelangen Investitionsstau in
Verbindung mit der Veräußerung staatlicher und kommunaler Wohnungen an private Investoren.
Diese Tendenzen gilt es endgültig zu beenden. Wir Jusos fordern ein groß angelegtes staatliches
Wohnungsbauprogramm. Ein weiteres Mittel zur Prävention von Obdachlosigkeit sehen wir in der
485 gezielten Förderung von Alternativen Wohnformen wie z.B. durch die Legalisierung von Woh-
nungsbesetzungen in leerstehenden kommunalen Gebäuden in Form von „Verwaltungsabkom-
men“ oder Ähnlichem.

Obdachlosigkeit durch verhinderte Migration

490 Weiterhin muss beim Thema Obdach- und Wohnungslosigkeit der Zusammenhang von verhinder-
ter Migration und Obdachlosigkeit klar benannt werden. Die restriktiven Einwanderungshemmnisse
der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, sowie die immer weitere Be-
schneidung des Asylrechts treiben unzählige Menschen systemisch in die Obdachlosigkeit. Es ist
nicht nur beinahe unmöglich für Schutzsuchende auf legalen Weg in die Bundesrepublik Deutsch-
495 land einzureisen, sondern das Damoklesschwert der drohenden Abschiebung, Sprachschwellen
und gesamtgesellschaftlicher Rassismus verhindern, dass Menschen, die aus purer Verzweiflung
„illegal“ eingereist sind, mit menschenwürdigen Wohnraum versorgt werden. Diese Form der Ob-
dachlosigkeit ist langfristig durch die Durchsetzung eines liberalen Einwanderungsrechtes über-
windbar.
500 Kurzfristig fordern wir staatliche Institutionen, die sich um die Versorgung von Obdach- und Woh-
nungslosen mit Migrationshintergrund kümmern ohne die Namen und Identitäten der Personen
an die für die Abschiebungen zuständigen Behörden weiterzuleiten.

Obdachlosigkeit von LGBTQA*-Jugendlichen

505 Studien zufolge sind in den USA 40% der jugendlichen Obdachlosen nicht heterosexuell. Auch in
Deutschland ist die sexuelle Orientierung immer noch ein Grund, warum Jugendliche obdachlos
sind. Jugendliche werden nach ihrem Coming-Out zuhause rausgeschmissen und müssen fortan
auf der Straße leben oder sie entscheiden sich aufgrund von Diskriminierung und Mobbing Zuhau-
510 se, in der Schule oder anderswo dafür von Zuhause fortzugehen. Wir fordern deshalb die Einrich-
tung von staatlichen Stellen, die sich speziell um die Betreuung von LGBTQA*-Jugendlichen küm-
mern. Weiterhin fordern wir die Ergänzung von Art. 3 GG um das Diskriminierungsverbot aufgrund
der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität. Weiterhin bekräftigen wir unsere Forde-
rungen zur Gleichstellung von LGBT-Personen, beispielweise die Ehe für Alle und die Einführung
515 von Bildungsplänen, die über die verschiedensten sexuellen Orientierungen und Geschlechtsiden-
titäten aufklären.

Anträge E: Anträge im Bereich „Europa und Internationales“

E1	„Der Mensch im Mittelpunkt außenpolitischer Interessen“				
	Antragssteller: Kreisverband Vorpommern-Greifswald				
<input type="checkbox"/>	angenommen	<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	nicht behandelt
<input type="checkbox"/>	überwiesen an:	<input type="checkbox"/>	Landesausschuss	<input type="checkbox"/>	Landesvorstand

520

Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

Der Mensch im Mittelpunkt außenpolitischer Interessen

525 „Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der
Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und
damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militäri-
scher Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege,
zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere
530 Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen. Alles das soll disku-
tiert werden und ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg“ (Horst Köhler Bundes-
präsident a.D. Mai 2010). Deutsche Außenpolitik und insbesondere deutsche Militäreinsätze wur-
den somit zu einem Instrument der Wahrung und Verteidigung deutscher Wirtschaftsinteressen.
Der ehemalige Bundespräsident sprach aus, was vor allem progressive Kräfte im Land - aber auch
535 darüber hinaus - seit langem befürchteten und ahnten. Die Angst, dass deutsche Außenpolitik von
Wirtschaftsinteressen überlagert und bestimmt werden, wurde damit für viele bestätigt. Obgleich
dieser Satz am Ende zur Abdankung Köhlers führte ist v.a. die politische Linke nach wie vor der
Ansicht, dass sich die deutsche - aber auch die europäische - Außenpolitik stark an wirtschaftlichen
Interessen orientiert.

540

Entwicklungspolitik als elementarer Bestandteil der Außenpolitik

Aus jungsozialistischer Sicht ist es daher unabdingbar, dass nicht die Wirtschaft, sondern der
Mensch der Primat außenpolitischer Interessen zu sein hat. Die Ziele sollten daher stets die Ver-
545 besserung der Lebensbedingungen, die Verbesserung der Menschenrechtslage und/oder die lang-
fristige und nachhaltige Demokratisierung von Regionen sein. Dies kann nicht nur durch direkte
außenpolitische Beziehungen geschehen, sondern muss auch im Einklang einer ökologischen, sozi-
alen, nachhaltigen und feministischen Entwicklungspolitik stehen. Eine solche Entwicklungspolitik
muss zuallererst auf einem finanziellen soliden Fundament stehen. Aus diesem Grund fordern wir
550 Jusos die Erhöhung des Budgets auf mindestens einen Prozent des Bruttonationaleinkommens
(BNE). Blinde Finanzierungswut und blindes investieren birgt aber eher Gefahren und schadet ei-
ner nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit (EZ), da jene Gelder häufig in labile Wirtschafts-
kreisläufe fließen, damit Inflationen begünstigt und vorhandene Wirtschaftskreisläufe beschädigt
werden könnten. Häufig dienen die Gelder aber auch einer gewissen Beruhigungspolitik, um Ver-
555 änderungen in diversen Ländern zu verhindern. Eine wirksame EZ kann aber erst funktionieren,
wenn die Europäische Union (EU) ihre Zölle auf Importe und ihre Agrarsubventionen abbaut, um
sogenannten Entwicklungsstaaten echte Chancen auf einen fairen Handel zu ermöglichen. Darüber
hinaus ist es unabdingbar regionale Organisationen wie z.B. die Afrikanische Union (AU) selbst
einzubeziehen, um eine Politik auf Augenhöhe zu betreiben und somit regionale Entwicklungen zu
560 begünstigen und regionale Entwicklungschancen besser zu erkennen. Ferner ist eine faire Ent-
wicklungspolitik frei jeglicher Vorurteile. Es darf nie der Anschein entstehen, dass der weiße Euro-
päer bzw. die weiße Europäerin kommt und das arme Land nun entwickelt. Diesem Anschein kann
man nur entgegenwirken, wenn regionale Akteure mit helfenden Akteuren auf Augenhöhe zu-
sammenarbeiten und sich als faire und gleiche Partner ansehen. Das Credo sollte daher stets Hilfe
565 zur Selbsthilfe sein. Nicht zu vergessen sind die Unterstützung vieler europäischer Organisationen
(wie z.B. die vielen Auslandsbüros der FES), welche seit langem wichtige und verlässliche Partner
im Bereich der EZ sind. Sie sind es, welche das Know-how, die Kontakte und das Vertrauen der
regionalen Partner genießen. Jene Organisationen müssen daher ein Grundfundament im Bereich
der EZ sein. Als feministischer Verband sollte eine Entwicklungspolitik auch auf ein Empowerment
570 der Frauen gestützt werden. Gleichberechtigung, Schutz und Integration in den (wirtschaftlichen,
sozialen und gesellschaftlichen) Alltag sollten daher ein Hauptaugenmerk jungsozialistischer Ent-
wicklungspolitik sein. Auch hier gilt die Unterstützung vorhandener Organisation, welche es sich
zum Ziel gemacht haben, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 umzusetzen. Ihr

575 zufolge haben Frauen und Mädchen das Recht, selbstbestimmt, frei und in Würde zu leben. Das dies in vielen Ländern, 68 Jahre später, noch nicht (einmal ansatzweise) erreicht ist, sollte Motivation genug sein, um die Umsetzung dieser Ziele als ein Hauptaugenmerk jungsozialistischer Entwicklungspolitik zu erklären. Aus jungsozialistischer Sicht kann sich eine Region ohne Empowerment der Frau nicht nachhaltig und positiv entwickeln.

580 **Waffen als Rückschritt jeglicher Entwicklung**

585 Wer eine nachhaltige Entwicklungs- und humane Außenpolitik frei von wirtschaftlichen Interessen realisieren will, der*die muss auch von Waffenhandel sprechen. Deutschland ist eines der Länder mit dem größten Waffenexport. Deutsche Handfeuerwaffen, Schiffe, Panzer und andere Waffensysteme werden in alle Breitengrade der Welt geliefert. Sie werden dabei nicht nur in demokratische und befreundete Staaten geliefert, sondern auch an totalitäre Staaten und Konfliktparteien. Dies muss nicht nur kritisiert, sondern unmittelbar gestoppt werden. Jede gelieferte Waffe v.a. in Konfliktsgebiete, gefährdet nicht nur eine effiziente EZ und humane Außenpolitik, sie macht sie sogar obsolet. Da Waffen selten in gelieferte Regionen bleiben und meistens weiterwandern, Bürgerkriege, Konflikte und Kriege versorgen und somit stets ein Rückschritt für eine humane Außen- und effiziente Entwicklungspolitik darstellen, kann eine Außenpolitik nur jungsozialistisch sein, wenn der Handel mit Waffen allen voran der Waffenexport untersagt werden. Alles andere wäre eine unehrliche und v.a. unmenschliche Politik. Daher gilt es für uns Jungsozialist*Innen stets, 590 Waffenarsenale und Armeen abzurüsten und zu verkleinern, Rüstungsbudgets zu reduzieren und frei werdende Mittel für entwicklungspolitische Projekte zu nutzen. Es ist hinlänglich bekannt, dass 595 Waffen zerstörerisch sind und der, der die Waffen verkauft ist auch stets mitverantwortlich und sollte sich daher aktiv am Wiederaufbau zerstörter Gebiete beteiligen.

600 **Sanktionen als außenpolitisches Werkzeug**

Zur Durchsetzung außenpolitischer Interessen, gibt es diverse außenpolitische Werkzeuge. Neben der Einbestellung eines Botschafters oder der Schließung einer Botschaft gibt es noch weitere Mittel, um auf Staaten einzuwirken. Jene Mittel sind z.B. Sanktionen in vielerlei Formen. Sanktionen können im Kollektiv, gezielt, umfassend oder partiell stattfinden. Kollektive Sanktionen sind dabei 605 z.B. UN-Sanktionen oder Sanktionen der Europäischen Union. Dabei entscheidet die Gemeinschaft über Sanktionen, wobei die Mitgliedsorganisationen dazu angehalten sind, sich an die Sanktionen zu halten. Jene gehen oftmals mit umfassenden Sanktionen einher, welche oftmals Wirtschafts- oder Handelsembargos darstellen. Dabei werden sämtliche Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit dem sanktionierten Staat abgebrochen. Jene Sanktionen stehen dabei oftmals in der Kritik, da 610 sie v.a. gegen ehemalige Länder der dritten Welt vollzogen werden bzw. gegen Länder in denen eine äußerst instabile Wirtschaftslage herrscht. Jene Sanktionen treffen dabei häufig die Bevölkerung, da sie bei umfassenden Sanktionen oftmals unter Hungersnöten zu leiden hat und selten Machthaber treffen. Ferner haben diese Art von Sanktionen oftmals den negativen Effekt, dass Druck von Außen aus einer heterogenen Bevölkerung, für die Dauer des Druckes eine homogene 615 Bevölkerung macht und somit innenpolitischen Druck abschwächt. Gezielte Sanktionen hingegen sind darauf ausgerichtet die Machthaber und den Machtkreis zu schwächen und bestenfalls zu durchbrechen. Dies geschieht durch das Einfrieren von Auslandskonten, Einreiseverboten und diverse andere Möglichkeiten auf Individuen des Machtkreises. Eine weitere aber selten genutzte Form der Sanktion ist die positive Sanktion. Hierbei wird einem Staat, durch das in Aussicht stellen 620 von wegfallenden Hemmnissen oder durch das Einführungen von Begünstigungen, deutlich gemacht, dass die Änderung der Politik zu positiv wirtschaftlichen Veränderungen kommt. Hierbei erhofft man sich einen Wandel durch Annäherung. Die Hoffnung, dass sich Land X durch positive

wirtschaftliche Veränderung motiviert fühlt, die Situation der Menschen zu verbessern, basiert dabei auf einer rein kapitalorientierten Ausrichtung. Es muss daher auch die Chance positiver Sanktionen beleuchtet und evaluiert werden. Aus jungsozialistischer Sicht müssen aber letztlich alle Mittel der Sanktionen kritisch auf ihre Effizienz und Eignung bewertet werden. Viel zu oft ändern sich durch negative Sanktionen die Menschenrechtslagen nicht. Viel zu oft leiden die Bevölkerungen und allen voran die finanziell schwächeren Schichten an den Sanktionen. Viel zu oft schwächt es auch oppositionelle Kräfte in totalitären und autoritären Systemen, da jene Kräfte ohnehin kaum am Wirtschaftskreislauf beteiligt sind. Aus all diesen Erkenntnissen bedarf es eines kritischen Blicks auf das außenpolitische Mittel der Sanktion. Es ist verständlich, dass es Sanktionen zu geben hat. Es ist auch verständlich, dass negative Sanktionen in manchen Situationen unabdingbar sind. Es muss aber auch erkenntlich sein, dass der europäische Markt zwar der größte Binnenmarkt der Welt ist, aber er dennoch nicht der einzige Markt ist und das sanktionierte Staaten zur Abkehr und Umorientierung wirtschaftlicher Interessen gezwungen sind. Natürlich sind der afrikanische oder Teile des asiatischen Marktes nicht so gewinnbringend, dennoch aber wachsende Märkte, welche es sanktionierten Staaten ermöglicht, weiterhin wirtschaftlich - obgleich auf einem (stark) reduzierten Niveau - zu überleben. Man sollte auch nicht vergessen, dass mit jedem weiteren Jahr und jedem weiteren Wachstum, europäische Sanktionen in ihrer wirtschaftlichen Effektivität schwieriger zu realisieren sind. Es sollte dabei auch nicht vergessen werden, dass im Rahmen der Globalisierung auch totalitäre Machthaber Anteilseigner von europäischen Firmen sind. Sanktionen können daher auch einen Boomerang-Effekt besitzen oder gar Machthaber einen finanziellen Vorteil verschaffen, da Unternehmen die Anteile zu höheren Preisen zurückkaufen. Aus jungsozialistischer Sicht muss der Mensch und somit die Bevölkerung stets an erster Stelle stehen. Außenpolitische Aktionen dürfen nie zur Verschlechterung der Lebenslage der Menschen führen. Der Mensch muss stets im Mittelpunkt der Betrachtung der Außenpolitik stehen. Aus diesem Grund bedarf es eines weisen, balancierten und abgewogenen Umganges mit dem Mittel der Sanktion. Viel zu oft werden Sanktionen zu schnell und v.a. blind gegen Staaten erhoben und viel zu oft schwächt es nicht die Machthaber, sondern eher die Bevölkerungen.

650

Die Mittelmeergrenze

Europas Süden hat eine der gefährlichsten und todbringendsten Grenzen der Welt. Es wird geschätzt, dass alle 90 Minuten jemand beim Versuch Europa zu erreichen ertrinkt. Dieser Zustand ist nicht nur absolut unmenschlich und untragbar, sondern auch eine Folge der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik im Rahmen außenpolitischer Feigheit, Ohnmacht und Fehlentscheidungen. Wir Jusos lehnen nicht nur faule Flüchtlingsdeals ab, sondern fordern offene Grenzen und sichere Wege nach Europa. Wir wollen nicht mehr zusehen, dass die europäischen Parteien und Mitgliedsstaaten mitverantwortlich und mitschuldig für das Massensterben im Mittelmeer sind. Unser Ziel ist, dass Rettungsmissionen, welche solange wie notwendig ausgebaut und stärker finanziert werden müssen, keine Rolle mehr spielen. Militärische Operationen gegen Schleuserbanden sehen wir kritisch und als wenig effektiv an. Das beste und sicherste Mittel gegen Schleuser und das Sterben im Mittelmeer sind offene Grenzen und sichere Land- und Seerouten in die Europäische Union. Dabei müssen Mittelmeeranrainer stärker unterstützt werden, damit sie finanziell und humanistisch in der Lage sind, den Menschen zu helfen und bei der Weiterfahrt zu unterstützen. Ständig erreichen uns Meldungen von weiteren ertrunkenen Menschen im Mittelmeer. Es ist jetzt Zeit zu handeln! Erste Maßnahmen sollen hierbei die Verstärkung des Search-and-Rescue-Dienstes (SAR) im Mittelmeer und evtl. vereinfachte Fährüberfahrten für Flüchtende sein. Seenotrettungen ist die Pflicht jeder Schiffsbesatzung, aber sie darf in solchen akuten Umständen nicht nahezu komplett auf Freiwillige abgeschoben werden, sondern ist die Aufgabe der Staaten.

670

675 Entsprechende Regelungen werden eindeutig durch die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), das Seerechtsübereinkommen (SRÜ), das Übereinkommen zum Schutz menschlichen Lebens auf See (SOLAS) und das Übereinkommen über Such- und Rettungsdienst auf See (SAR) geregelt und müssen endlich flächendeckend und konsequent Anwendung finden. Außerdem fordern wir alle Regierungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auf, anstatt der Grenzsicherung an den EU-Außengrenzen Pläne für einen gemeinsamen Seenotrettungsdienst voranzutreiben, sowie die vielen, bereits bestehenden freiwilligen Initiativen zur Seenotrettung zu unterstützen.

680 Ferner ist es selbstverständlich das Abkommen wie Dublin III abgeschafft gehören. Ebenso gehören abgeschafft die Regelungen der sicheren Herkunftsstaaten. Es ist absurd zu glauben, dass Menschen aus Spaß und guter Laune ein Land verlassen und in einem komplett anderen Sprach- und Kulturraum ihr Glück versuchen. Niemandem ist es zu verdenken, dass er*sie aus Gründen der Verfolgung, Krieges, Benachteiligung, Gewalt usw. flieht. Ebenso ist niemandem zu verdenken,
685 dass er*sie aufgrund wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit flieht, da er*sie seine*ihre Familie bzw. sich selbst nicht ernähren kann. Innerhalb der EU nennen wir es Freizügigkeit und gestatten es den Menschen. Menschen die aber nicht das Glück haben einen richtigen Pass zu besitzen, werden als abzuschiebende Illegale gesehen. Ebenso unmenschlich wie unhaltbar sind die nordafrikanischen Auffanglager, welche von europäischen Mitteln finanziert werden, damit Flüchtlinge erst gar nicht
690 das Mittelmeer erreichen. Wir Jusos wollen keine europäisch finanzierten Camps, welche lediglich das Ziel haben, Flüchtlinge auf unmenschlicher Art und Weise von Europa fernzuhalten. Wir wollen keine Zäune und Grenzen. Wir wollen, dass sich das Schengenabkommen wieder frei entfalten kann. Wir wollen Weltoffenheit nicht nur als Lippenbekenntnis verstehen, sondern auch ein Europa, welches offen für die Welt ist. Es ist absurd zu glauben, dass die ganze Welt nach Europa
695 kommen würde.

Gemeinsame Außenpolitik als Ziel jungsozialistischer Politik

700 Wir Jungsozialist*Innen verstehen uns als internationalistischer Verband, welcher das Ziel eines Vereinigten Europas hat. Die EU, welche als Wirtschaftsunion gegründet wurde, muss mehr, als nur wirtschaftlichen Interessen dienen. Wir Jusos wollen daher eine komplette Union, welche alle Politikfelder betrifft. Eines dieser Felder ist die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Obgleich die EU schon länger das Ziel einer GASP verfolgt, müssen wir feststellen, dass sie oftmals aufgrund nationaler Interessen hintenansteht und wenig erfolgreich ist. Wir fordern daher die
705 SPD, als Teil der Bundesregierung, und die Vertreter*Innen der SPD im Europäischen Parlament dazu auf ihre Bemühungen einer GASP zu intensivieren. Eine gemeinsame Außenpolitik muss aber demokratisch und durch das Parlament legitimiert sein. Eine gemeinsame Außenpolitik hat die Chance eine stärkere, effizientere und nachhaltige EZ und humane Außenpolitik zu betreiben. Eine gemeinsame Außenpolitik kann nur erfolgen, wenn die Mitgliedsstaaten vertraglich auf ihre außenpolitische Souveränität verzichten und die Kompetenzen auf die EU übertragen. Dazu gehört auch die Verschmelzung der nationalen Armeen zu einer europäischen Armee, welche aber nicht die Summe der nationalen Armeen sein darf, sondern mit einer Abrüstung einher gehen muss. Dies wäre nur ein weiterer konsequenter Schritt in die Richtung eines vereinigten Europas und die Abschaffung nationaler Kleininteressen, welche einer europäischen Idee zuwider stehen.

715

720

Anträge F: Anträge im Bereich „Landespolitik“

F1	„ÖPNV“	
	Antragssteller: Kreisverband Ludwigslust-Parchim	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> nicht behandelt
<input type="checkbox"/> überwiesen an:	<input type="checkbox"/> Landesausschuss	<input type="checkbox"/> Landesvorstand

725 **Die Landeskonzferenz der Jusos M-V möge beschließen:**

Der Schulbusverkehr, insbesondere im ländlichen Raum, soll sich den Unterrichtszeiten an Allgemeinbildenden Schulen anpassen.

Der JUSO Landesvorstand wird aufgefordert, entsprechend mit den Trägern des Schülerverkehrs im Land in Kontakt zu treten.

730

F2	„Keine Abschiebungen über MV – Menschen aller Länder vereinigt euch!“	
	Antragssteller: Kreisverband Rostock	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> Abgelehnt	<input type="checkbox"/> nicht behandelt
<input type="checkbox"/> überwiesen an:	<input type="checkbox"/> Landesausschuss	<input type="checkbox"/> Landesvorstand

Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

735 Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern fordern die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern sowie die SPD Landtagsfraktion dazu auf, keine Abschiebungen zuzulassen und auch anderen Bundesländern die Nutzung, für solche menschenunwürdigen Praktiken, der im Land befindlichen Einrichtungen wie Flughäfen und Häfen zu untersagen. In der jüngsten Vergangenheit kam es zu zahlreichen Abschiebungen über den Flughafen Rostock-Laage. Kritisch sehen wir auch, dass Menschen nicht in ihre Heimatländer abgeschoben wurden, sondern in angrenzende Länder und sich dann selbst überlassen wurden. Dies lehnen wir ab! Wir setzen uns vielmehr dafür ein, dass jeder Asylantrag einer strengen und umfassenden Einzelfallprüfung unterzogen wird. Da nicht alleine das Herkunftsland entscheidend sein sollte, sondern viel mehr die individuellen Lebensumstände des bzw. die Repressalien gegen den Asylsuchenden. Unterdrückung und Verfolgung gibt es überall und jeder Mensch der unter solchen Bedingungen leidet, muss ein Recht auf Asyl genießen. Grundsätzlich sprechen wir uns gegen jede Form der Abschiebung aus, jeder Mensch sollte frei entscheiden dürfen wo er lebt.

740

745

750

755

- | | | |
|---|--|--|
| <input type="checkbox"/> angenommen | <input type="checkbox"/> abgelehnt | <input type="checkbox"/> nicht behandelt |
| <input type="checkbox"/> überwiesen an: | <input type="checkbox"/> Landesausschuss | <input type="checkbox"/> Landesvorstand |

Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

760

Wir Jusos fordern ein Umdenken bei der Anwendung von Screening-Verfahren zur Bekämpfung von multiresistenten Keimen in Krankenhäusern und pflegerischen Einrichtungen.

765

Bundesweit betrachtet haben die Todesfälle durch den MRSA-Erreger seit den 1990er Jahren in einem dramatischen Ausmaß zugenommen. Lag die Zahl der Todesfälle 1990 noch bei 2%, waren es 1998 schon 15% und 2008 19,5%. In Mecklenburg-Vorpommern gab es nach den aktuellen Zahlen 17 Todesopfer zu beklagen. Die hohe Zunahme ist durch zwei wesentliche Faktoren bedingt. Zum einen ist der Anstieg durch den massiven Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft zu erklären. Auf der anderen Seite verbreitet sich der Erreger in den Krankenhäusern und Pflegeheimen durch die mangelnde Hygiene.

770

775

In Deutschland wurde vom Bundesgesetzgeber eine gesetzliche Grundlage für das Screening vor der Aufnahme im Krankenhaus eingeführt. Das Infektionsschutzgesetz (IfSG) verpflichtet seit einer Änderung im Jahr 2011 die Leiter*innen von Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen, die nach dem Stand der Wissenschaft erforderlichen Präventionsmaßnahmen zur Infektionsvermeidung und gegen resistente Erreger durchzuführen. Als dafür geltender Standard werden durch das IfSG Empfehlungen der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention beim Robert-Koch-Institut (KRINKO) und die Empfehlungen der Kommission Antinfektiva, Resistenz und Therapie am Robert-Koch-Institut (ART) festgelegt. Diese Empfehlungen sind unter der Berücksichtigung aktueller infektionsepidemiologischer Auswertungen fortlaufend weiterzuentwickeln (siehe § 23 IfSG).

780

785

Aktuell empfiehlt das KRINKO „in einem Hygieneplan Festlegungen zur Durchführung eines MRSA-Screenings bei Aufnahme entsprechend dem Ergebnis der einrichtungsspezifischen ärztlichen Risikoanalyse zu treffen“ und in „den Festlegungen zur Durchführung des MRSA-Screenings mindestens die Risikopopulationen mit bekannt höherer MRSA-Prävalenz („Risikopopulationen“) einzubeziehen“. Eine Empfehlung zugunsten eines flächendeckenden Screenings erfolgt damit nicht. Praktisch bedeutet dies, dass in M-V laut dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGuS) einer Untersuchung zufolge an neun Krankenhäusern mehr als zehn Prozent der Patienten untersucht werden.

790

795

Die Zahlen bei den Erkrankungen und Todesfällen zeigen jedoch trotz dieser risikobasierten Screenings keine positive Entwicklung. Zur Eindämmung multiresistenter Keime sind daher die Möglichkeiten einer Ausweitung der Untersuchungen über Risikogruppen hinaus dringend zu überprüfen. Dies gilt für Krankenhäuser und pflegerische Einrichtungen gleichermaßen.

800

Anträge G: Anträge im Bereich „Bundespolitik“

G1	„Sichere Fluchtwege und Seenotrettungsprogramme als Soforthilfe für Flüchtende“		
	Antragssteller: Kreisverband Rostock		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> Abgelehnt	<input type="checkbox"/> nicht behandelt	
<input type="checkbox"/> überwiesen an:	<input type="checkbox"/> Landesausschuss	<input type="checkbox"/> Landesvorstand	

Die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

805

Die Jusos M-V fordern die Bundesregierung und alle zuständigen Stellen dazu auf, eine sichere Passage von Flüchtenden in bzw. nach Europa zu ermöglichen. Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf sich an der Seenotrettung im Mittelmeer zu beteiligen.

810 Anträge H: Anträge im Bereich „Sonstiges“

H1	„Antrag zur linken Sprache“		
	Antragssteller: Kreisverband Vorpommern-Greifswald		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> Abgelehnt	<input type="checkbox"/> nicht behandelt	
<input type="checkbox"/> überwiesen an:	<input type="checkbox"/> Landesausschuss	<input type="checkbox"/> Landesvorstand	

Die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

815

Die Vorstände der Jusos mögen sich dafür einsetzen, dass linke, humanistische Sprache vermehrt in die Rede und Öffentlichkeitsarbeit der Amtsträger unserer Partei insbesondere der Landesregierung und der Abgeordneten zu Geltung kommt, um sich aktiv gegen eine Deutungshoheit rechter, inhumaner, menschenverachtender Positionen zu erwehren.

820

Die Kreisvorstände, der Landesvorstand und die Landesarbeitskreisleitungen werden dazu aufgerufen, linke und humanistische Sprache in ihrem Wirkungskreis weiterhin bewusst anzuwenden.

H2	„Lebensmittelverschwendung beenden!“		
	Antragssteller: Kreisverband Vorpommern-Greifswald		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> Abgelehnt	<input type="checkbox"/> nicht behandelt	
<input type="checkbox"/> überwiesen an:	<input type="checkbox"/> Landesausschuss	<input type="checkbox"/> Landesvorstand	

825

Die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

830

Lebensmittel werden in unserer Gesellschaft zu leichtfertig weggeschmissen und verschwendet. Während 2015 weltweit knapp 800 Millionen Menschen gehungert haben gingen allein in Deutschland 9,9 Millionen Tonnen an Lebensmitteln verloren, deren Verlust hätte verhindert werden können. Ein relevanter Teil dieser Verluste in Höhe von 2,2 Millionen Tonnen ging im Großhandel verloren. Diese Verluste basierten in erster Linie auf Marketingmaßnahmen. Weitere 2,3 Millionen Tonnen an Lebensmittel gingen in erster Linie durch Fehlplanung im Sektor der Großverbraucher unnötig verloren.

835 Aus diesem Grund fordern wir Jusos folgende Maßnahmen ein, um die Lebensmittelverschwen-
dung im kommerziellen Bereich zu beenden:

840 **1. Wir fordern das Verbot für kommerzielle Anbieter wie Großhändler, Großküchen, Su-
permärkte und Restaurants genießbare Lebensmittel wegzuschmeißen. Lebensmittel de-
ren MHD abgelaufen ist oder die aus einem anderen Grund nicht mehr verkaufbar, aber
noch genießbar sind, sind einer geeigneten Verwendung zum Verzehr zuzuführen. Wei-
terhin müssen Lebensmittel, die nicht mehr genießbar sind, wenn möglich recycelt oder
stattdessen kompostiert oder zu Biogas verarbeitet werden.**

845 **2. Wir fordern die Legalisierung des sogenannten Containers bei kommerziellen Anbietern.
Wir fordern, dass beim Wegschmeißen von genießbaren Lebensmitteln in Zukunft ge-
setzlich angenommen wird, dass der Eigentümer auf sein Eigentum verzichtet. Weiterhin
muss das Containers nach Umsetzung der Maßnahme eins, als gerechtfertigtes Handeln
gegen ein rechtswidriges Wegschmeißen von genießbaren Lebensmitteln durch kommer-
850 zielle Anbieter verankert werden, sodass eine etwaige Strafbarkeit unter anderem auch
wegen Hausfriedensbruch entfällt.**